

Wahlprüfsteine Koalition Freie Szene – Antworten PIRATEN

Was würden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung tun, um die Freie Szene in Berlin signifikant zu stärken? –15 Fragen

1. Wie lauten Ihre konkreten kulturpolitischen Forderungen für den Erhalt und die Stärkung der Freien Szene? Wodurch zeichnet sich Ihr Konzept aus? Was wollen Sie anders machen? Wo sehen Sie Korrekturbedarf im Vergleich zum bisherigen Kurs? Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Schere von 5% der Kulturförderung für die Freie Szene gegenüber 95% für die Institutionen geschlossen wird?

Wir sind gewillt, uns gezielt den Forderungen aus der Freien Szene anzuschließen, weil wir zwar eine Verringerung der Diskrepanz zur Institution wollen, aber die künstlerische Freiheit und Unabhängigkeit gewahrt werden muss. Weiterhin bedarf es mehr Transparenz bei Entscheidungen der Vergabe und die Partizipation zu Entwicklungen der Förderstruktur. Es muss weniger Alleingänge des Senats ohne Einbeziehung der betroffenen Sparten(vertreter*innen) geben. Insgesamt müssen die Mittel zur Stärkung der Szene erhöht werden, ohne dass diese ihre Freiheit gefährdet.

2. Was macht die Freie Szene für Sie so besonders und einzigartig im Kontext der Kunst- und Kulturlandschaft in Berlin?

Die Freie Szene prägt mit ihrer dynamischen Vielfalt und ihrem subversiven Charakter die Gesellschaft und das Stadtbild Berlins. Im Kontext der Kunst- und Kulturlandschaft bildet gerade die Freie Szene Berlin innovative kulturelle Impulse ab und bereichert die Kunst um zeitgemäße Konzepte. Die Freie Szene Berlin ist für uns PIRATEN unverzichtbarer Bestandteil und dies muss sich in der Zukunft auch im Kulturhaushalt abbilden.

3. Wie stehen sie zum 10-Punkte-Programm der Koalition der Freien Szene? Was werden Sie davon umsetzen? <http://www.berlinvisit.org/forderungen-zahlen-2/>

Wir unterstützen alle Forderungen der Koalition der Freien Szene. In der ablaufenden Legislaturperiode hat die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus sich bereits dafür eingesetzt, dass möglichst viele Forderungen in dem Kulturretat berücksichtigt werden. Da Forderungen offen geblieben sind, würden wir uns für ihre Berücksichtigung und Umsetzung im nächsten Kulturhaushalt einsetzen.

4. Was werden Sie unternehmen, damit sich die Einkommenssituation der Kunst- und Kulturschaffenden der Freien Szene entsprechend den steigenden Lebenshaltungs- und Produktionskosten (Raummieten, etc.) signifikant verbessert?

Wir setzen uns neben Honoraruntergrenzen und der Schaffung von kostengünstigen kulturellen Freiräumen als einzige Fraktion im Abgeordnetenhaus für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ein, das gerade auch für Kulturschaffende die Grundlage für eine sicherere Zukunftsplanung bringt.

5. Wie möchten Sie unentgeltliche Arbeit, prekäre Beschäftigung und chronische Unterbezahlung in der Kulturarbeit, künstlerischen Produktion und Präsentation zukünftig in den Institutionen wie in geförderten Projekten der Freien Szene vermeiden? Wie stehen Sie zu verbindlichen Honoraruntergrenzen?

Wir unterstützen die Forderung von Kunst- und Kulturschaffenden nach höheren und verbindlichen Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren und Projektförderungen und werden dies in der kommenden Legislaturperiode durch entsprechende parlamentarische Initiativen innerhalb und außerhalb der Haushaltsberatungen verdeutlichen.

6. Sind Sie bereit, die Fördermittel für die Freie Szene, die zum exzellenten Ruf Berlins als internationale Kunst- und Kulturmetropole maßgeblich beiträgt, signifikant aufzustocken, und wenn ja, in welcher Höhe bezogen auf konkrete Förderinstrumente?

Hier schließen wir uns den Forderungen der Koalition der Freien Szene an. Zwar hat es im letzten Kulturhaushalt einige Aufstockungen der Mittel gegeben, aber diese stehen in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf. Als Beispiele seien angemerkt die Förderung von Recherche und Forschung durch entsprechende Stipendien, die Aufstockung und Trennung von Struktur- und Projektförderung sowie mehrfache Basis- und Konzeptförderung für alle Kunstsparten und Festivals. Auch die Förderung überregionaler Kooperationen, Gastspiele und Tourneen gehört in den Fokus der kommenden Haushaltsverhandlungen.

7. Wie sieht Ihr Konzept für die Bereitstellung von Räumen der künstlerischen Produktion für Berliner Künstlerinnen und Künstler zu bezahlbaren Preisen aus?

Die Liegenschaftspolitik des Senats muss kulturelle Belange vorrangig berücksichtigen, um damit der Verdrängung von Kulturorten entgegenzuwirken. Ein erster Schritt hierzu ist die ständige Mitgliedschaft im Portfolioausschuss einer Vertretung künstlerischer und kultureller Interessen. Des Weiteren streben wir zur Prüfung an: Kulturschutzgebiete/Kulturcluster, Entwicklung Rat für Räume, bei Neubau 5% ... / Weitere Aufstockung der finanziellen Mittel

8. Wie stehen Sie zur Deckelung der für Kunstprojekte zur Verfügung stehenden Citytax-Mittel auf 3,5 Mio. Euro jährlich? Setzen Sie sich für eine 100% Verwendung der Citytax-Mittel für Kunst und Kultur und für 50% für die Freie Szene ein?

Die Deckelung der für Kunstprojekte zur Verfügung stehenden Citytax-Mittel auf 3,5 Mio Euro ist nicht akzeptabel und wir haben dies in der ablaufenden Legislaturperiode auch immer wieder kritisiert. Wir haben die ursprünglichen Versprechungen des Kulturressorts an die Koalition der Freien Szene über die Höhe der Mittel nicht vergessen. Wir fordern, die Freie Szene zu 50% an den Einnahmen aus der Übernachtungssteuer (City Tax) zu beteiligen.

9. Wie stehen Sie zur politischen Reserve? Was halten Sie von diesem Instrument? Wie können Sie die Nachvollziehbarkeit der Mittelverwendung im Rahmen eines transparenten Verfahrens sichern?

Die "politische Reserve" widerspricht in ihrer Konzeption und Intransparenz unserer Forderung nach transparenter und demokratischer Kunst- und Kulturförderung. Die Vergabe sollte durch eine Jury oder Vergabegremium erfolgen, in dem sich die Vertreter*innen der Koalition der Freien Szene wiederfinden und dies muss auf transparente, demokratische und paritätische Weise gebildet werden.

In der laufenden Legislaturperiode hat sich die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus für die Einführung eines "Notfallfonds" eingesetzt, was allerdings von der regierenden Koalition rigoros abgelehnt wurde. Teile der "politischen Reserve" wurden jetzt für diese Zwecke genutzt. Wir werden auch diese Forderung in der Zukunft wieder aufgreifen.

10. Wie lautet Ihr Konzept für eine weitere Professionalisierung der Juryverfahren, wie möchten Sie für transparente Kriterien bei der Entscheidungsfindung sorgen?

Jurys und Vergabegremien von Förderinstrumenten des Senats, der Bezirke und des Hauptstadtkulturfonds müssen auf transparente, demokratische und paritätische Weise gebildet werden.

11. Worin sehen Sie die primären Zwecke der Kulturförderung – gehören die Entwicklung der Kreativwirtschaft und die Tourismusförderung dazu?

Kreativwirtschaft und Tourismusförderung gehören in das Wirtschaftsressort. Der Kulturretat muss ausschließlich der Förderung von Kunst und Kultur ohne wirtschaftliche oder sonstige Zielvorgaben zur Verfügung stehen.

12. Was halten Sie von einer stetigen Zusammenarbeit von VertreterInnen aus der Freien Szene und der Verwaltung auf Augenhöhe? Wie werden Sie diese strukturell unterstützen?

Wir begrüßen eine stetige Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die sich allerdings in Zukunft auf ein gemeinsam entwickeltes Regelwerk stützen sollte. Wichtig für eine nachhaltige Kollaboration zwischen der Verwaltung und den Vertreter*innen der Koalition der Freien Szene ist uns hier auch eine solide Finanzierung der partizipativen Prozesse und der Beteiligten.

13. Was werden Sie unternehmen, um die bezirkliche Kultur zu stärken, eine nachhaltige, dezentrale bezirkliche Kulturarbeit zu gewährleisten und kleinere kulturelle Bestandseinrichtungen auf Bezirksebene zu erhalten?

Wir wollen, dass dezentral in allen Bezirken Räume für kulturelles Schaffen und Leben gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden sowie dauerhaft zur Verfügung stehen. Die Kosten-Leistungs-Rechnung, die eine Flexibilität der bezirklichen Kulturarbeit verhindert, hat sich nicht bewährt und muss durch andere Instrumente ersetzt werden.

14. Soll die Kultur in Berlin ein eigenes Ressort bekommen oder beim Regierenden Bürgermeister verbleiben?

Es muss wieder ein eigenständiges Kulturressort geben, um die Bedeutung von Kunst, Kultur und Medien für Berlin gerade in der Landesregierung wieder deutlich sichtbar zu machen und um den vielfältigen gesellschaftlichen wie ökonomischen Aufgaben in vollem Umfang gerecht zu werden.

15. Wie stehen sie mittel- und langfristig gesehen zu einem Grundeinkommen für professionelle KünstlerInnen als Modellversuch in der Kunst - und Kulturmetropole Berlin?

Die PIRATEN Berlin werden sich für Modellprojekte für das bedingungslose Grundeinkommen in Berlin einsetzen. Nach Einführung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns fordern die PIRATEN Berlin nun ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Dieses Grundeinkommen wird allen Bürgern mit ständigem Wohnsitz und unbefristetem Aufenthaltsrecht in Deutschland ohne weitere Bedingungen zur Verfügung gestellt. Das Grundeinkommen muss existenzsichernd sein und soll den gesetzlichen Mindestlohn schrittweise ablösen. Die Ausgestaltung des Grundeinkommens wird anhand von Modellprojekten in Berlin entwickelt. Dazu wird ein wissenschaftlicher Beirat gebildet, der die Modelle erarbeitet und die Durchführung begleitet.